

presse

AG Kultur und Medien

Koloniale Vergangenheit noch intensiver aufarbeiten

Helge Lindh, zuständiger Berichterstatter:

Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands ist eine Aufgabe, der sich unsere Gesellschaft noch intensiver stellen muss. Neben der moralischen Verantwortung besteht eine politische Pflicht zur Aufarbeitung, die maßgeblich durch die SPD in den Koalitionsvertrag eingebracht wurde und dort erstmals in dieser Klarheit als Teil des demokratischen Grundkonsenses in Deutschland benannt wird. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion gestern ein Positionspapier mit konkreten Schritten und Maßnahmen beschlossen.

„Deutschland muss das verübte koloniale Unrecht anerkennen, ohne seine Verantwortung als ehemalige Kolonialmacht zu relativieren. Dieser lange Zeit vernachlässigte Teil der deutschen Geschichte muss endlich in unserer Erinnerungskultur angemessen verankert werden. Das ist die Grundlage für Versöhnung und Partnerschaft. Dazu muss Raum für Austausch und Dialog geschaffen werden. Dieser Diskurs darf nicht nur in den Feuilletons, sondern muss in der Mitte der Gesellschaft stattfinden.

Es ist an der Zeit, koloniale Kontinuitäten zu überwinden und eurozentristische Denkweisen in unserer Alltagskultur aufzubrechen. Das gelingt, wenn wir uns stärker mit außereuropäischen Perspektiven vertraut machen. In diesem Fall sind wir gut beraten, auch die Lernenden zu sein. Wir können und müssen von der Perspektive und den Erfahrungen der Herkunftsstaaten und ihrer Experten lernen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich in enger Abstimmung mit Bundesaußenminister Heiko Maas und der Staatsministerin für internationale Kulturpolitik Michelle Müntefering für ein gesamtgesellschaftliches postkoloniales

Aufarbeitungskonzept einsetzen, das verschiedene Maßnahmen bündelt und aufzeigt, wohin der Weg führen soll: Anerkennung und Aufarbeitung der eigenen Verantwortung, Überwindung der eurozentrischen Weltsicht, Dialog, kooperative Provenienzforschung, Rückführungen von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten und Kooperation mit den Herkunftsgesellschaften.“